



Nr. 466 | 23.05.2025

Russland-Analysen

Zivilgesellschaft und unzivile Gesellschaft

ANALYSE	
Unsichtbarer Widerstand: Handlungsfähigkeit und Solidarität im Angesicht des Autoritarismus Marija B.	2
ANALYSE	
»Auch der Rasen vor meinem Haus ist Politik«: Die (Ent)Politisierung des urbanen Aktivismus nach dem Februar 2022 Julia Solneva	7
KOMMENTAR	
Horizontale Verzerrungen: Engagement in zivilgesellschaftlichen Organisationen und die Unterstützung des Regimes Wsewolod Bederson	12
DOKUMENTATION	
Zivilgesellschaft und Repression in Russland seit 2022	15
CHRONIK	
Hinweis auf die Online-Chronik	22

ANALYSE

Unsichtbarer Widerstand: Handlungsfähigkeit und Solidarität im Angesicht des Autoritarismus

Marija B.

DOI: 10.31205/RA.466.01

Zusammenfassung

Eine aktuelle Studie des Hannah-Arendt-Zentrums zeigt, dass die Beteiligung an zivilgesellschaftlichen Initiativen Russ:innen hilft, horizontale Beziehungen aufrechtzuerhalten und auszubauen und gemeinsam mit anderen aktiv und politisch handlungsfähig zu bleiben. Angesichts der stärker gewordenen Repressionen, mangelnder Ressourcen und der fehlenden Aussicht auf baldige Veränderungen in Russland blieben viele Aktivist:innen im Untergrund, indem sie keine NGO registrieren und Öffentlichkeit meiden. Die Notwendigkeit, »unter dem Radar« der Repressionsmaschinerie zu bleiben, führt zu kreativen Lösungen, horizontaler Koordination und einer verstärkten Rolle von Ressourcenzentren und Plattformen, die Zusammenarbeit ermöglichen. Gegenwärtig ist es in Russland aufgrund der Gefahr politischer Repression nicht möglich, Aktivismus so transparent und zentralisiert zu organisieren wie in Demokratien. Dennoch leisten Aktivist:innen zivilgesellschaftlichen und politischen Widerstand.

Praktische Solidarität als Methode des Widerstands

In Demokratien und Autokratien gibt es grundlegende Unterschiede im zivilgesellschaftlichen Aktivismus. Wenn man für Umweltproteste oder die Hilfe für Betroffene häuslicher Gewalt genauso heftig verfolgt wird wie für Demonstrationen gegen den Krieg oder Menschenrechtsarbeit, wird jeder zivilgesellschaftliche Aktivismus im Grunde politisch.^[1]

Von den politischen Repressionen sind inzwischen nicht nur politische Oppositionsführer:innen betroffen, sondern auch zivilgesellschaftliche Aktivist:innen, Journalist:innen und Dissident:innen jeden Genders, Alters und Status. So werden Organisationen und natürliche Personen mit einem diskriminierenden Status belegt. Die horizontalen Beziehungen und der Glaube an Veränderungen werden schwächer, während die Atomisierung und Fragmentierung der Gesellschaft zunehmen. Die effektivste Art und Weise, diesen Entwicklungen entgegenzuwirken, ist solidarisches Handeln.

Solidarität kann selbst unter extrem widrigen Bedingungen wie in Russland praktiziert werden, wo den Menschen die Verwirklichung ihrer Rechte, Freiheiten und Möglichkeiten sowie der Zugang zu Ressourcen verwehrt wird. Solidarische Praktiken ermöglichen es russischen Bürger:innen, sich zu kollektivem Handeln und für gesellschaftliches Engagement zusammenzuschließen.

Der Beitrag stützt sich auf eine aktuelle Studie des Hannah-Arendt-Zentrums.^[2] Die Autor:innen haben ihre Definition von Zivilgesellschaft auf eine Weise entwickelt, die die Komplexität und Fluidität der politischen Realität im heutigen Russland widerspiegelt. Demzufolge besteht die Zivilgesellschaft aus der Gesamtheit aller Initiativen, deren Teilnehmer:innen:

- aktiv Solidarität praktizieren;
 - bestrebt sind, die Lebensbedingungen zu verbessern, Rechte und Freiheiten zu verteidigen, Gerechtigkeit herzustellen, politische Ansichten zu äußern oder sich für soziale und politische Veränderungen einzusetzen;
 - soziale Probleme öffentlich zur Sprache bringen, die Aufmerksamkeit darauf lenken und Gegendiskurse schaffen, die eine Herausforderung für die staatliche Agenda darstellen;
 - Ressourcen des Staates, von Unternehmen oder anderen Personen einsetzen können, wenn sie ihre eigenen Zwecke verfolgen und nicht Anweisungen »von oben« erfüllen oder unmittelbar nach politischer Macht streben;
 - in Graswurzelinitiativen sowie professionellen Organisationen eingebunden sind, angefangen bei Chats von Aktivist:innen bis hin zu wohltätigen Stiftungen.
- Diese Definition ist recht weitgefasst, damit auch die sogenannte »unzivil« oder »nichtzivil« [im Englischen geläufig als »uncivil society«, also illiberale gesellschaftliche Akteure, Anm. d. Red.] Gesellschaft berücksichtigt wird, also Frauen mobilisierter Soldaten, Gruppen, die Tarnnetze für die russischen Streitkräfte knüpfen und humanitäre Hilfe für die russische Front organisieren, rechtsgerichtete und prostaatliche Initiativen zu allen möglichen Themen, angefangen von Umwelt-GONGOs bis hin zu militärpatriotischen Jugendbewegungen.^[3]

Für gewöhnlich beschäftigt sich die Forschung zu Zivilgesellschaften mit liberal und demokratisch eingestellten Gemeinschaften. Allerdings gibt es in allen Ländern auch eine nichtzivile Gesellschaft. Obwohl diese sich strukturell und wertbezogen von anderen Initiativen unterscheidet, konkurriert sie mit liberalen Pro-

jekten um Freiwillige und den humanitären Diskurs, außerdem ist diese auch bereit, Protestaktionen zu organisieren. Viele Vertreter:innen der nichtzivilen Gesellschaft sind erstmals 2022 aktiv geworden und vertreten unterschiedliche politische Ansichten. So können sie beispielsweise den Präsidenten unterstützen, aber nicht den Krieg. Oder sie stehen hinter der Zentralregierung, wenden sich aber gegen die Regionalverwaltung.

Wie viele unerfahrene Aktivist:innen sind sie frustriert, wenn sie es nicht schaffen, ihre gesteckten Ziele zu erreichen und Opfer politischer Repressionen werden. Gerade in solchen Momenten kann eine entscheidende Politisierung von ursprünglich prostaatlichen oder apolitischen Initiativen erfolgen: Es erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, dass sie sich dem prodemokratischen Aktivismus anschließen.

Die staatliche Strategie zur Förderung des Freiwilligenwesens in Russland besagt, dass bis 2030 45 Prozent der jungen Menschen in gesellschaftliche und Freiwilligenarbeit einzubinden seien, um eine »Erziehung zu einer patriotischen und gesellschaftlich verantwortungsvollen Persönlichkeit« [4] zu gewährleisten. Da die Regierung derart aggressiv um Aktivist:innen wirbt, hilft es wenig, diejenigen einfach zu »canceln«, die gegen eine liberale Bürgergesellschaft sind und jegliche Kooperation ablehnen. Dies würde den staatlichen Eingriffen in die Zivilgesellschaft keinen Einhalt gebieten und würde auch keine positiven Alternativen aufzeigen. Daher ist es heute besonders wichtig, auf den sich verändernden politischen Kontext zu reagieren und die vereinfachte Sichtweise eines binären Gegensatzes zwischen »guten und schlechten« Aktivist:innen zu überwinden.

Ein vielschichtiges Verhältnis zum Staat

Das Verhältnis zwischen »nichtkommerziellen Organisationen« (hier: NGOs) weist sehr viel komplexere Formen auf als schlicht »für« und »gegen« den Staat zu sein. Ein und dieselbe Initiative kann staatliche Fördergelder erhalten und gleichzeitig gegenüber Polizei und Justiz Erklärungen abgeben müssen, wie es mit ihren Kontakten zu »unerwünschten Organisationen« aussieht. Gleichzeitig kann sie noch Beschwerde bei der Staatsanwaltschaft gegen eine lokale Behörde einlegen. Darüber hinaus ist auch der Staat nicht homogen: Vertreter:innen von Polizei und Justiz, der Bürokratie sowie Aktivist:innen, die den Krieg befürworten, können auf der Ebene einer Ortschaft, einer Region oder des Landes auf unterschiedliche Weise vorgehen. Somit sind sowohl auf föderaler wie auch auf lokaler Ebene eher vielfältige Beziehungen zum Staat festzustellen.

Manchmal nutzen Initiativen von Aktivist:innen städtische Plattformen für Veranstaltungen oder sprechen mit staatlichen Medien, um ein größeres Publikum zu erreichen. Sie können auch mit föderalen Ministe-

rien zusammenarbeiten, um beispielsweise Lehrbücher in den Schulen zu verteilen, die Lieferung von Medikamenten zu organisieren oder Lobbyarbeit für Gesetze zu betreiben.

Eine nicht unwichtige Rolle spielt hier der Umstand, dass die Finanzierung des sozialen und wohltätigen Sektors in Russland immer stärker auf den Staat ausgerichtet ist. Die sogenannten Zuwendungen des Präsidenten [russ.: »Presidentskije Granty«, Anm. d. Red.] sind in Russland das umfangreichste Förderprogramm, das es zivilgesellschaftlichen Organisationen ermöglicht, ihre Tätigkeit nachhaltig, groß und langfristig anzulegen. [5] Sie werden aus Steuermitteln finanziert, weswegen einige Initiativen beschließen, sie zu nutzen, weil »es unser Geld ist und da soll das besser für etwas Gutes genutzt werden und nicht für Propaganda«.

Wie in jeder anderen Autokratie kann man einer Zusammenarbeit mit staatlichen Strukturen und einer Annahme staatlicher Gelder nicht gänzlich ausweichen. Die Organisationen und Aktivist:innen sind ständig und zunehmend gezwungen, Kompromisse einzugehen.

Finanzströme

Unabhängige Medien und Menschenrechtsinitiativen sind am wenigsten geneigt, Kompromisse zu machen. Nicht selten sind sie gezwungen, eine Finanzierung aus dem Ausland in Anspruch zu nehmen, was wiederum die Gefahr erhöht, als »ausländischer Agent« eingestuft zu werden. Eine Einstufung als »ausländischer Agent« zieht schwerwiegende rechtliche, finanzielle und soziale Konsequenzen nach sich, die einer Diskriminierung und einer Entrechtung von Bürger:innen gleichkommen. Somit bedeutet dieses Brandmal nicht nur bürokratische Lasten und eine gesellschaftliche Stigmatisierung, sondern beschränkt die berufliche Betätigung, die politische Teilhabe und Bildungsmöglichkeiten sowie den Zugang zu geistigem Eigentum oder den Verkauf von Besitztümern.

Als Alternative zu staatlicher Förderung verbleiben Crowdfunding, die Kommerzialisierung von Dienstleistungen, private Spenden und Finanzierungsmodelle in der legalen Grauzone. In den ersten Monaten nach der Vollinvasion in die Ukraine haben viele Russ:innen, die bis dahin durch regelmäßige Abo-Zahlungen Crowdfunding planbar gemacht hatten, Russland verlassen und ihre Überweisungen eingestellt, vor allem, weil ihre Gehälter nicht mehr auf die russischen Bankkonten eingingen. Hinzu kamen bürokratische oder technische Schwierigkeiten: Es gab Fälle, in denen Banken unter staatlichem Druck Daueraufträge an unliebsame NGOs stornierten und die Kund:innen darüber nicht informierten. Die russische Crowdfunding-Plattform »Friendly« [6] konstatiert, dass ihre Kundschaft deutlich vorsichtiger und wählerischer bei den Überweisungen

an zivilgesellschaftliche Initiativen geworden sei. Das ist wohl auf den großen sozialen und politischen Druck zurückzuführen, den die Kund:innen erfahren. Dieser Rückgang wurde allerdings durch eine im Schnitt höhere Überweisungssumme kompensiert. Wer sich weiterhin dafür entscheidet, Aktivist:innen und Projekte zu unterstützen, tut dies nun mit größerem finanziellen Einsatz.

In diesem repressiven Kontext ändern sich zudem ständig die Spielregeln, und es gibt nicht die eine Strategie, um sich daran zuverlässig anzupassen. So hat die erzwungene Schließung von »Nuschna pomoschtsch« (dt. »Es braucht Hilfe«) [7], einer großen Crowdfunding-Plattform, die zivilgesellschaftliche Initiativen vernetzte und überprüfte, Organisationen in Gefahr gebracht, die über diese Plattform Gelder gesammelt hatten. Jurist:innen sind der Ansicht, dass unter anderem die Crowdfunding-Plattformen Planeta.ru, Boosty und Patreon zwar weiterhin existieren und tätig sind, aber in einer rechtlichen Grauzone operieren und daher leicht verboten werden könnten, falls der Staat dies beabsichtigt. Crowdfunding ist vor allem in den beiden wohlhabendsten Städten Moskau und St. Petersburg verbreitet, während in den Regionen die staatliche Finanzierung überwiegt.

Es gibt zwar in Russland Mäzenatentum als Institution und eine Beteiligung von Unternehmen an charitativen Projekten, diese sind aber als Einnahmequelle für NGOs nicht erstrangig. Hauptsächlich spenden Russ:innen in der Emigration und im Exil, denen ihr Heimatland nicht gleichgültig ist. Für diese Personen, wie auch für internationale Geldgeber, ist es schwierig den Kontakt zur Zivilgesellschaft aufrechtzuerhalten, auf jene aufmerksam zu werden, die im Untergrund tätig sind und sich rechtzeitig an neue Umstände anzupassen.

Die schwierige Finanzlage zwang zivilgesellschaftliche Organisationen dazu, sich von den gewohnten Praktiken zu verabschieden und kreative und innovative Lösungen zu suchen. Sie entwickelten alternative Wege für eine sichere Finanzierung, wobei hierzu zahlungspflichtige Telegram-Kanäle, Superchats bei YouTube, direkte Überweisungen, Abonnement-Modelle, Kryptowährungen, Proxyorganisationen, Mittlerorganisationen (darunter auch religiöser Couleur), wie auch Organisationen gehörten, die von Russ:innen im Ausland gegründet wurden. Immer stärker verbreitet ist die indirekte Unterstützung mit Ressourcen. Sie erfolgt unter anderem über die Anmietung von Räumlichkeiten, die Beschaffung von Geräten und Software, die Bezahlung von Subunternehmer:innen, Urlaubszeiten und Konferenzen sowie die Unterstützung bei Organisation und Networking.

Wie schon in den Vorkriegsjahren landet ein beträchtlicher Teil der Ressourcen in den beiden Hauptstädten. Regionale Initiativen profitieren davon nur in

sehr begrenztem Maße. Hinzu kommt das Risiko, dass diese Mittel bei Aktivist:innen im Exil hängenbleiben und für Aktivitäten innerhalb der Diaspora genutzt werden. Um dies zu vermeiden, werden neue Protokolle zum Finanzmonitoring erarbeitet, die einerseits für transparente Überweisungen sorgen und andererseits die Risiken für die Empfänger begrenzen sollen.

Zivilgesellschaft im Untergrund

Da die Repressionen um ein Vielfaches zugenommen haben, waren viele Organisationen gezwungen, sich aufzulösen, sich ohne diskriminierenden Status unter neuem Namen wiederzugründen oder in den Untergrund abzutauchen. Wenn sich Initiativen für eine Arbeit aus dem Untergrund entscheiden, ist das Ziel, für die Leistungsempfänger:innen und Kooperationspartner sichtbar zu sein, gleichzeitig aber gegenüber der Repressionsmaschinerie nicht aufzufallen. Um unterhalb des staatlichen Radars zu bleiben, lassen sich viele Initiativen nicht als juristische Person registrieren, richten keine Webseite ein, veröffentlichen keine Arbeitsberichte, dezentralisieren ihre Leitung bzw. Verwaltung und versuchen, in den Medien nicht in Erscheinung zu treten. Folglich können wir von Initiativen im Untergrund nicht erwarten, dass sie die Transparenzanforderungen erfüllen, die in demokratischen Staaten gelten. Das bedeutet aber nicht, dass sie nicht unterstützt werden sollten.

In einer Situation, in der sich Aktivist:innen verstecken und sich für die Tätigkeit im Untergrund entscheiden müssen, ist es wichtig, von ihnen nicht zu erwarten, dass sie die Öffentlichkeit suchen werden. Stattdessen müssen neue, ungefährliche Mechanismen zur Transparenzsicherung und Berichterstattung entwickelt werden, die die Erfahrungen der Zivilgesellschaft aus anderen repressiven Kontexten einbeziehen. Es ist zu berücksichtigen, dass in einigen Fällen die Forderung nach Sichtbarkeit, nach der Nennung von Namen und Orten die gesamte geleistete Arbeit in Gefahr bringen kann. Dies betrifft etwa Tätigkeiten, bei denen Personen evakuiert werden, die nach politischen Paragraphen strafrechtlich verfolgt werden oder die Arbeit mit Menschen, die zur Strafe zwangsweise in eine Psychiatrie eingewiesen werden, wie das manchmal mit Personen gemacht wird, die an einer Geschlechtsdysphorie leiden.

Die dringendste Notwendigkeit, in den Untergrund zu gehen, besteht für Personen, die im Bereich LGBT+ arbeiten. Der Staat verfolgt diese Tätigkeit als »Extremismus« und belegt sie mit drastischen Geldstrafen oder bestraft sie mit Freiheitsentzug. Als »rechtliche« Grundlage dient das »Gesetz über LGBT-Propaganda« oder die angebliche Zugehörigkeit zu einer »extremistischen Bewegung«. Fast ebenso streng werden auch Projekte verfolgt, die gegen Korruption vorgehen. Sie werden oft als »extremistische« oder »unerwünschte« Organi-

sationen eingestuft. Das bedeutet, dass jede Form einer Zusammenarbeit mit ihnen, bis hin zur Nennung des Namens in einem Gespräch, als Mittäterschaft an einem Verbrechen gewertet werden kann.

Eine konsequente Reaktion auf Diskriminierungen dieser Art ist der Abbruch der öffentlichen Beziehungen zu »aufrührerischen« Organisationen, wobei de facto die Zusammenarbeit und Unterstützung fortgeführt wird. Das ist die verbreitetste Art und Weise, Solidarität zu üben und die Verbindungen aufrecht zu halten.

Manchmal wird in einer Initiative intern beschlossen, nur eine oder zwei Personen in der Rolle von Sprecher:innen zu belassen, damit sie es sind, die die Initiative in der Öffentlichkeit repräsentieren und Interviews geben. Auf diese Personen werden dann die Dokumente ausgestellt, während andere Mitglieder des Teams anonym bleiben. Das funktioniert besonders gut, wenn die »öffentlichen Personen« im Ausland und alle anderen in Russland leben.

Ein weiterer, nicht unwichtiger Weg, den Repressionen zu entgehen, ist die Verschleierung der Haupttätigkeit. Während Einzelpersonen versuchen, eine äsopische Sprache oder Euphemismen zu verwenden, um nicht Gefahr zu laufen, unter die Gesetze über Kriegszensur oder über »LGBT-Propaganda« zu fallen, setzen Organisationen auf Mimikry. Sie entfernen alle Reizwörter und politische Statements aus ihrer öffentlichen Kommunikation und von den offiziellen Webseiten. Das bedeutet aber längst nicht, dass sie sich von ihren Werten distanzieren. Im Gegenteil: Sie haben sich bewusst dafür entschieden, ihre Tätigkeit fortzusetzen. Diese Praktiken sind am stärksten bei Umweltinitiativen, Tierschutzaktivist:innen und Initiativen zu beobachten, die zu Lebens- und Gesundheitsfragen arbeiten. Sie gehen zu apolitischen Positionen über, um einen breiteren Personenkreis in ihren Aktivismus einzubinden und weiterhin Unterstützung bieten zu können.

Gleichzeitig kann diese fehlende öffentliche Positionierung dazu führen, dass eine Initiative falsch eingeschätzt wird. So führen einige Fraueninitiativen auf Druck des Staates Kampagnen gegen Abtreibung durch, obwohl sie sich früher für Gender- und reproduktive Rechte stark gemacht haben. Dadurch ist es manchmal schwierig, sie von jenen zu unterscheiden, die keine demokratische und liberalen Werte vertreten.

Die ungefährlichsten Tätigkeitsfelder

Die quantitativen Ergebnisse der Studie des Hannah Arendt-Zentrums zeigen, dass Tierschutz der am schnellsten wachsende Bereich horizontal organisierter Aktivität ist. Aktivist:innen aus diesem Sektor kommen Unternehmen oder dem Staat nur selten in die Quere, daher ist dieser Bereich weniger politisiert und gefährlich. Oft bleiben die Gruppen reine Graswurzelinitia-

tiven und entwickeln sich nicht zu formalen Organisationen. Die Tierschutzbewegung wächst sowohl in den Regionen wie auch in den Hauptstädten sehr schnell und verfügt über großes Potenzial für kollektives Handeln. Nicht selten stellt Aktivismus in diesem Bereich die erste Erfahrung solidarischer Betätigung dar. Über die Community können die neuen Mitglieder allmählich mehr über andere Bereiche zivilgesellschaftlichen und politischen Aktivismus in Erfahrung bringen.

Ein anderer Sektor, der oft nicht als Aktivismus eingestuft wird und deshalb nicht so heftigem Druck von Seiten des Staates ausgesetzt ist, sind die sogenannten dritten Orte. Dritte Orte gehören zum urbanen Raum jenseits der Wohnung (»erster Ort«) oder der Arbeitsstätte (»zweiter Ort«). [8] Das kann ein öffentlicher Vorlesungsraum, eine Bibliothek, ein unabhängiger Buchladen, ein Kulturraum oder ein Café sein. Diese Räume vermitteln nach außen nicht unbedingt eine klare Haltung gegen den Krieg oder den Staat. Es kann jedoch üblich sein, die Räumlichkeiten nur Personen zur Verfügung zu stellen, die ähnliche Werte vertreten, die Musik »ausländischer Agenten« aufzulegen oder über die Inneneinrichtung und die Bücherauswahl kulturelle Anspielungen zu machen und Codes zu senden, die den »eigenen Leuten« helfen, diese Räume als gleichgesinnt wahrzunehmen.

Angesichts der ständigen Angst und der inneren Unruhe sind Orte, an denen man sich sicher und von Gleichgesinnten umgeben fühlen kann, besonders gefragt. So kann ein Burnout möglicherweise vermieden werden. Gleichzeitig können sie als geeignete Plattform dienen, um neue Aktivist:innen zu gewinnen. Das gilt für Neulinge wie auch für jene, die wegen Repressionen oder mangelnder Ressourcen die früheren Praktiken zivilgesellschaftlicher Partizipation aufgeben mussten.

Räumlich getrennte Teams und eine neue Welle von Aktivist:innen

Der Bedarf an neuen Aktivist:innen ist relativ akut. Nach dem Beginn der Völlinvasion und der drastischen Verschärfung der politischen Repressionen waren viele erfahrene Aktivist:innen zur Emigration gezwungen. Sie arbeiten oft in den früheren Initiativen weiter, allerdings aus der Ferne und oft asynchron. Die größere Sicherheit, die sie erfahren, erlaubt es den Emigrierten, sich bei ihrer Betätigung als Aktivist:in freier zu fühlen und Zugang zu Ressourcen zu erlangen wie etwa Finanzierung durch europäische oder amerikanische Geldgeber:innen, internationale Plattformen und Veranstaltungen, Fortbildungen und Netzwerken. Andererseits müssen sie auch sehr viel Kraft für die Überwindung bürokratischer Hürden, ihre Integration und Anpassung an die neue Umgebung aufwenden.

Zwischen den Emigrierten und den in Russland gebliebenen Aktivist:innen wächst unausweichlich eine

Kluft: In den Gesprächen kommt es häufig zu taktlosen Bemerkungen oder Vorwürfen. Dialog zu führen wird immer schwieriger. Eine Zusammenarbeit und ein partnerschaftliches Verhältnis zwischen den Personen in und außerhalb Russlands sind aber unausweichlich und absolut notwendig. Das bedeutet stetige Anstrengungen, um die getrennten Communities wieder zusammenzubringen und die Fragmentierung zu überwinden, z. B. durch Konferenzen, Seminare oder in Hubs for soziale Innovationen.

Nach der Ausreise erfahrener Aktivist:innen rückten neue engagierte Personen nach, beispielsweise aus der Forschung, dem Marketing oder der Kreativwirtschaft. Mitunter fehlt es ihnen an Fertigkeiten und den notwendigen Netzwerken; sie müssen quasi das Fahrrad neu erfinden, und das unter ohnehin schwierigen Bedingungen.

Der Bedarf an Fortbildungsmaßnahmen bei den neuen Aktivist:innen führt wiederum dazu, dass entsprechende Angebote geschaffen werden. Auch ist jetzt die Praxis von Beratung in Selbsthilfegruppen, Mentorentätigkeit und der Austausch von Erfahrungen und Methoden verbreitet. Viele Programme sind immer noch auf die Hauptstädte und Projektfinanzierung ausgerichtet und nicht auf die Regionen oder eine nachhaltige Finanzierung. Doch der zunehmend verbreitete Entkolonialisierungsdiskurs verstärkt auch das Interesse an lokalen Fragen und der Entwicklung der eigenen Region und eben nicht nur am eigenen Umzug in die Hauptstadt. Darüber hinaus ist auch eine Kluft zwischen den Generationen festzustellen: Neue Initiativen wurden oft von jungen Menschen gegründet und beruhen auf dem Prinzip horizontaler Beziehungen. Das heißt, es gibt keine klare Verteilung der Zuständigkeiten und Rollen und die Entscheidungen werden kollektiv getroffen. Horizontalität und Dezentralisierung sollen nicht nur die Eintrittsschwelle senken und die Arbeit der Aktivist:innen demokratischer gestalten, sondern auch die politischen Risiken verringern. Schließlich ist es damit nicht möglich, die Arbeit einer Organisation durch die Verhaftung eines einzigen Menschen zu lähmen. Diese Maßnahmen machen die Initiativen flexibler und facettenreicher und erlauben es, schneller und effektiver auf neue Herausforderungen zu reagieren.

Die Tätigkeit der Ressourcenzentren und *Hubs*,^[9] die die Communities miteinander verbinden (z. B. OVD-Info, Tepliza sozialnych technologii – dt.: »Treibhaus sozialer Technologien« und Kartu) ist deswegen noch viel wichtiger geworden. Die Kooperation mit diesen Hubs ist für alle wertvoll, aber besonders für junge, kleine oder lokale Initiativen, die wenig bekannt sind, nicht zu Konferenzen eingeladen werden, denen es an Ressourcen mangelt, die zur strategischen Entwicklung und für Öffentlichkeitsarbeit eingesetzt werden können und deren Stimmen nicht hörbar sind.

Nicht nur die Haltung gegen den Krieg und die Gefahr politischer Repressionen sind Gründe dafür, dass sich die Zusammensetzung der Aktivist:innen-Community erneuert hat. Auch Burnout spielt eine Rolle. Dieses Phänomen ist zwar für unterschiedliche Kontexte charakteristisch, nicht nur für autoritäre, doch ist der 24. Februar 2022 für viele ein Datum, das ihr Leben in ein Davor und ein Danach teilt. Viele waren am Boden zerstört, weil sie ihre Ziele nicht umsetzen konnten und das Gefühl hatten, dass ihre humanitäre oder soziale Arbeit keinen Sinn mehr hatte und komplett aus der Zeit gefallen war.

In Russland ist zivilgesellschaftlicher Aktivismus derzeit ein Spiel auf lange Zeit, ein Spiel um Überleben und Selbsterhaltung, weil es immer Menschen geben wird, die Hilfe brauchen. Außerdem wird der Krieg irgendwann zu Ende sein und es wird irgendwann auch einen Machtwechsel geben. Die Bürger:innen müssen Erfahrung mit politischer Handlungsfähigkeit und kollektivem Handeln erlangen. Die Fortsetzung der Arbeit zwingt manchmal dazu, in Angst zu leben, die Partner:innen sorgsam zu wählen, sich in Selbstzensur zu üben, Anstrengungen zu unternehmen, um neue Teilnehmer:innen zu verifizieren und die Gesetzeskonformität sicherzustellen. Andererseits können so der Widerstand fortgesetzt und horizontale Netzwerke aufgebaut und aufrecht erhalten werden.

Schlussfolgerungen

Im heutigen repressiven Russland hat es keinen Sinn, von zivilgesellschaftlichen Initiativen Präsenz in den Medien, die Ausweitung ihrer Tätigkeit, effektive Lobbyarbeit oder kristallklare ethische Reinheit zu erwarten. Das ist angesichts dieser Realitäten fast nicht mehr möglich. Gleichwohl bleibt die Zivilgesellschaft lebendig: Ständig werden neue Projekte gestartet und alte Projekte beendet; neue Bedürfnisse werden ermittelt; neue Formate und Taktiken werden entwickelt.

Sämtliche zivilgesellschaftlichen Akteure – angefangen von Einzelkämpfer:innen bis hin zu den großen Stiftungen – verfügen über Autonomie und ihre eigenen Ziele, sind aber auch über einen gemeinsamen Raum verbunden. Um effektiv helfen zu können, muss der demokratische und gegen den Krieg gerichtete Sektor der Zivilgesellschaft in Russland nach dezentralisierten und nachhaltigen Strategien suchen, seine Vielfalt, Autonomie und die Möglichkeit der Initiativen beibehalten, Unterstützung annehmen zu können. Gleichzeitig sollten die Initiativen aber auch ihre Eigenständigkeit bewahren und unabhängige Entscheidungen treffen können.

Übersetzung aus dem Russischen: Hartmut Schröder

Informationen über die Autorin, Lesetipps und Verweise finden Sie auf der nächsten Seite.

Über die Autorin

Marija B. ist Sozialwissenschaftlerin. In ihrer Forschung beschäftigt sie sich mit staatlicher Gewalt, Menschenrechtsverletzungen und der Zivilgesellschaft in Russland.

Lesetipps

- Durdıyeva, S. (2023). *The Role of Civil Society in Transitional Justice: The Case of Russia*. Routledge.
- Ingvarsson, S. & Kalinina, E. (2024). Is Civil Society Still Alive in Russia? *Stockholm Centre for Eastern European Studies*, 12. <https://www.ui.se/globalassets/ui.se-eng/publications/sceeu/2024-publications/civil-society-in-russia.pdf>
- Morris, J. (2025). *Everyday Politics in Russia: From Resentment to Resistance*. Bloomsbury Publishing.
- Rakhimova N. (Ed.) (2024). *No SDG Achievement Without Civil Society. Russia's Experience*. Druckzuck Printing House, Berlin. Access link: <https://kurs2030.ru/report2024>

Verweise

- [1] <https://laender-analysen.de/russland-analysen/453/haeusliche-gewalt-reproduktive-rechte-frauen-russland>; <https://www.fairplanet.org/editors-pick/how-russia-persecutes-climate-activists/>
- [2] <https://www.tharesearch.center/en/civilconnect-research>
- [3] Kotkin G., & Gross J. (2010) *Uncivil Society: 1989 and the Implosion of the Communist Establishment*. Modern Library; Hansson, E., & Weiss, M. L. (2023). *Routledge Handbook of civil and uncivil society in Southeast Asia* (p. 411). Taylor & Francis.
- [4] <http://kremlin.ru/events/president/news/73986>
- [5] <https://re-russia.net/en/review/172/>; <https://www.opendemocracy.net/en/odr/russias-ngo-policies/>.
- [6] <https://friendly2.me/>
- [7] <https://www.dekoder.org/de/article/nushna-pomoschtsch-ngo-ausl%C3%A4ndischer-agent>
- [8] https://unesdoc.unesco.org/ark:/48223/pf0000385039_eng
- [9] <https://ovd.info/en/front>; <https://te-st.org/about-en/>; <https://npe-kartu.eu/>.

ANALYSE

»Auch der Rasen vor meinem Haus ist Politik«: Die (Ent)Politisierung des urbanen Aktivismus nach dem Februar 2022

Julia Solneva

DOI: 10.31205/RA.466.02

Zusammenfassung

In dieser Analyse wird untersucht, wie urbane Aktivist:innen das Politische in ihrer Tätigkeit seit der Vollinvasion in die Ukraine im Februar 2022 verstehen. Anhand von Beobachtungen und Interviews mit Vertreter:innen urbaner Bewegungen und Initiativen (2022–2024) wird gezeigt, dass sich kollektives Handeln nur selten ausschließlich als Prozess einer Politisierung oder aber Entpolitisierung einordnen lässt. Je nach Situation verleihen die Aktivist:innen ihren Strategien und Positionen teils widersprüchliche Bedeutung. Diese auf den ersten Blick fehlende Konsequenz und Eindeutigkeit des Vorgehens und der Strategien hilft ihnen, im autoritären Russland zu bestehen.

Die Stadt als Raum des politischen Kampfes?

In der Forschung zu sozialen und urbanen Bewegungen wird Protest oft als unabdingbarer Bestandteil des öffentlichen Lebens betrachtet. Versammlungen und Demonstrationen, bei denen die Bürger:innen ihre Forderung gegenüber dem Staat vorbringen, sind eine verbreitete Form politischen Handelns. Davon sprechen beispielsweise die Wissenschaftler Erik Swyngedouw und Mus-

tafa Dikeç, die eine Theorie der sich politisierenden Stadt vorgelegt haben: Die Straßen und Plätze der Stadt sind der Raum für Forderungen nach Gerechtigkeit, wobei all diejenigen, die sich gegen das bestehende System wenden, zu politischen Subjekten werden. Dabei wird jener Aktivismus, bei dem sich Bewohner:innen der Stadt lediglich wegen lokaler Probleme zusammenschließen als nicht hinreichend politisiert kritisiert, weil er nicht zu strukturellen Veränderungen in der Politik des Staates führt.

Bei Gesprächen mit Aktivist:innen in Russland ist mir mehrfach eine ganz andere Auffassung vom Politischen begegnet. Im Oktober 2022 erklärte Julija, die sich an einer urbanen Begrünungsinitiative beteiligt, ihre Position so: »Auch der Rasen vor meinem Haus ist Politik. Ich kann zum Beispiel überhaupt nicht auf Putin einwirken, aber ich kann in meinem Bezirk wirken. Und das ist politisch, nämlich in dem Sinne, dass man versuchen kann, mehr Leute in diese Aktivitäten einzubinden.« Solche Argumente werden oft als Versuch interpretiert, einem apolitischen Aktivismus, der nicht in der Lage ist, das Geschehen in der »großen Politik« zu verändern, Bedeutsamkeit zu verleihen. Und genau das sehen wir: Bei urbanen Konflikten hält die Auseinandersetzung auf lokaler Ebene den Staat nicht davon ab, Krieg gegen ein anderes Land zu führen. Es lohnt sich aber ein genauer Blick darauf, warum die Vorstellung des Politischen sich in einem autoritären Staat, der sich im Kriegszustand befindet, auf die lokale Ebene verschiebt. Damit lassen sich weniger offensichtliche und vielschichtige Entwicklungsschritte erkennen, durch die sich zivilgesellschaftliche Subjekte herausbilden. Folgt man dieser Sichtweise, schafft urbaner Aktivismus die Möglichkeit, dass Menschen sich zusammenschließen und die Erfahrung kollektiven Handelns machen, weil ein direkter Widerstand gegen das Regime durch massenhaften Protest nicht erreichbar ist.

Die im Vergleich zu Massenprotesten starke Verbreitung von lokalem Aktivismus bedeutet nicht, dass es im postsowjetischen Russland keinen Platz für Dissens gab. Die Proteste auf dem Bolotnaja-Platz 2011/12 gegen die gefälschten Duma-Wahlen und die Umweltproteste in Schijes 2018–2020 gegen den Bau einer Mülldeponie belegen das Gegenteil. Gleichzeitig bleiben seit Beginn der Vollinvasion in die Ukraine, nachdem Massenaktionen fast völlig aus dem öffentlichen Raum verschwunden sind, allerdings andere Formen des Widerstands: Einzelmahnwachen, Antikriegssticker und -flugblätter, Plakate werden aufgehängt (häufig anonymisiert), an Denkmälern für die Opfer politischer Repressionen werden Blumen niedergelegt, oder es gibt Situationen, in denen der urbane Raum gegen Eingriffe verteidigt wird (z. B. Proteste gegen Abholzung oder Baumaßnahmen^[1]). Das Fragmentarische des Protests und die Konzentration auf Handlungen, die zeitlich und räumlich gestreut sind, ist darauf zurückzuführen, dass öffentlicher Protest für Aktivist:innen die Gefahr birgt, festgenommen, strafrechtlich verfolgt und verurteilt, ins Gefängnis geworfen oder mit Polizeigewalt konfrontiert zu werden. Dieses Risiko hat in den vergangenen drei Jahren stetig zugenommen.^[2] Diese Risiken erzeugen eben jene »Unmöglichkeit«, auf das System einzuwirken: Die Unterschiede zu Demokratien hinsichtlich der rechtlichen Rahmenbedingungen und der staatli-

chen Gegenmaßnahmen können beträchtlichen Einfluss auf die Formen und Praktiken des Widerstands haben. Darüber hinaus sind urbane Aktivist:innen in Russland Druck durch kommunale, regionale und föderale staatliche Behörden ausgesetzt, selbst wenn es nicht um Verurteilung einer politischen oder gegen den Krieg gerichteten Haltung geht, sondern um Proteste auf lokaler Ebene gegen Bauherren oder kommerzielle Bauprojekte.

Dadurch unterscheidet sich Politik auf der Straße in russischen Städten stark von der Vorstellung von einer »sich politisierenden Stadt«, in der das Politische erst dann und dadurch zum Vorschein kommt, wenn öffentlich ein radikaler Umbau des Herrschaftssystems gefordert wird. Empirische Daten zur Mobilisierung in russischen Städten, die weiter unten aufgeführt werden, belegen, dass politisierte Praktiken auch jenseits deutlich sichtbarer und eindeutig zum Ausdruck gebrachter Unzufriedenheit entstehen und bestehen können. Darüber hinaus können sie entpolitisierte Aktionen ergänzen, ohne diese dabei auszuschließen. Ungeachtet des seit dem Februar 2022 immer repressiver werdenden politischen Systems und der gestiegenen Risiken hörten die Aktivist:innen urbaner Initiativen nicht auf, für ihre Haltung einzustehen. Sie neigen dazu, widersprüchliche Logiken miteinander zu verbinden, wobei sie je nach Situation zwischen den verschiedenen Logiken hin- und herschalten und sich bewusst der Grenzen und Möglichkeiten für Protest im urbanen Raum bewusst sind.

Methoden der Datenerhebung

Für diese Analyse habe ich teilnehmende Beobachtung und halbstrukturierte Tiefeninterviews mit Beteiligten an urbanen Initiativen in russischen Millionenstädten mit einer großen Dichte urbaner Konflikte (in St. Petersburg, Kasan und Perm) durchgeführt, bei denen Grünflächen vor Bebauung geschützt und historisches Erbe bewahrt werden soll. Die Datenerhebung erfolgte von September bis November 2022, von März bis Juli 2023 und von März bis April 2024, und zwar online und vor Ort. Hervorzuheben ist, dass meine Gesprächspartner:innen nicht den Krieg unterstützen. Die erhobenen Daten geben lediglich einen Eindruck von den Ansichten jener Aktivist:innen, die überwiegend kritisch gegenüber dem Regime in Russland eingestellt sind oder sich neutral äußern. Das spiegelt sich wiederum auch in ihrer Erfahrung als Aktivist:in wider. Somit erfassen meine Schlussfolgerungen nur einen Teil der urbanen Proteste in Russland. Urbane Aktivist:innen mit anderen Einstellungen sind unberücksichtigt.

Urbane Mobilisierung nach dem Februar 2022

Die Beteiligung an kollektivem Handeln, der Einsatz für die eigenen Interessen, die Gelegenheit, andere Akti-

vist:innen kennenzulernen und das politische Geschehen in der Stadt zu verfolgen, das sind Erfahrungen, die Aktivist:innen bereits vor 2022 gesammelt haben. Dadurch konnten die verschiedenen aktivistischen Infrastrukturen bewahrt und in den letzten drei Jahren nutzbar gemacht werden, wenn auch in geringem Umfang. Allerdings war der 24. Februar 2022 wirklich ein Wendepunkt für Aktivist:innen urbaner Bewegungen, unabhängig von der Qualität ihres politischen Engagements und ihrer Ansichten. Der Krieg steht zwar nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit lokalen Aktivitäten urbaner Graswurzelinitiativen; er hat aber gleichwohl in vielem die Landschaft des urbanen Aktivismus verändert. Die Abwanderung von Aktivist:innen ins Ausland (sei es aus eigenem Willen oder wegen der Gefahr, verfolgt zu werden), der verstärkte Einsatz repressiver Maßnahmen gegen (unter anderem urbane) Proteste, sowie der Umstand, dass ein Teil der Community sich in Richtung Bürger- und Menschenrechte oder Antikriegsinitiativen umorientierte, hat die urbanen Initiativen stark in ihrer Arbeit beeinträchtigt.

Nach einer Zeit der Stille, die besonders in den ersten Wochen nach Kriegsbeginn und nach der Ankündigung der Mobilmachung im September 2022 für die Initiativen kennzeichnend war, wandten sich viele Aktivist:innen ab dem Jahr 2023 wieder ihren lokalen Problemen zu. Die aktivistischen Formate mussten vorsichtig angepasst und weitestgehend entpolitisiert werden, denn es war das gestiegene Risiko zu berücksichtigen, und zwar nicht nur in Bezug auf politische Proteste, sondern auch auf jeden offenen Ausdruck von Unzufriedenheit. Dabei stellten die Aktivist:innen fest, dass weiterhin Unzufriedenheit geäußert werden konnte, solange die Haltung zum Krieg und zum Vorgehen der russischen Regierung aus der Rhetorik ausgeklammert werden. Deswegen kamen bald wieder manche Formate aus dem Protestrepertoire vor 2022 zum Einsatz. Dennoch verläuft die (Ent-)Politisierung von Aktivismus nicht nach einem geradlinigen Muster: Die diversen Aktionen schichten sich übereinander und stehen untereinander in einem komplexen Verbindungsgeflecht.

Der urbane politische Raum und die Verbindungen in aktivistischen Gruppen

Auch wenn vor allem politischer Straßenprotest in der oben erwähnten Theorie der sich politisierenden Stadt als »echter« Marker für diese Politisierung gilt, ist im autoritären Kontext in Russland nach 2022 ein anderes Bild zu beobachten. Politik verschwindet nicht von der Straße; es erfolgt vielmehr eine Transformation der Praktiken im urbanen Raum. In russischen Städten kann die Straße als öffentlicher Raum angesichts drohender Repression und angesichts der Rahmenbedingungen, die es nahezu unmöglich machen, eine breit angelegte

politisches Programm zu vermitteln, je nach Situation politisiert oder entpolitisiert werden. Daher handhaben Aktivist:innen ein und denselben Raum auf unterschiedliche Weise, wobei sie Politisches dort hineintragen oder aber außen vor lassen.

Urbane Initiativen, die Menschen zusammenbringen, um ein bestimmtes Objekt zu retten, hängen eng mit einer räumlichen Dimension zusammen, auch wenn diese nicht immer ausschlaggebend ist. So machen Aktivist:innen von Initiativen, die beispielsweise eine Grünfläche vor dem Bau einer mehrspurigen Straße retten wollen, auf das Problem aufmerksam, indem sie Workshops über den Bau von Straßenmöbeln, Exkursionen über Botanik, Kunst-Festivals, oder Petitionen zum Schutz der Fläche veranstalten. Solche Aktionen richten sich zwar gegen städtische Politik, verbleiben aber auf lokaler Ebene und schließen somit weitgehend Kritik am System als Ganzem aus. Neben diesen Formaten erfolgten nach 2022 am gleichen Ort auch informelle Festivals, auf denen politische und Antikriegsformate zusammengeführt wurden: Auftritte lokaler Oppositionspolitiker:innen, Briefe an politische Gefangene und Gestaltung von Antikriegsplakaten. In solchen Momenten ist der Raum politisiert, was neben der lokalen Agenda zum Schutz des Raumes den Aktivitäten mehrdeutige Aussagen erlaubt.

Der Grad der Politisierung eines Raumes wird auch dadurch bestimmt, wie sich die Kommunikation in den Aktivistengruppen gestaltet. In einer anderen Aktivist-Community wurde nach dem Februar 2022 der Schwerpunkt eher auf interne Formate gelegt, denn auf »externe« öffentliche Veranstaltungen. Mehr Öffentlichkeit sorgte vor allem in Situationen zu Besorgnis um die Sicherheit und zu erhöhtem Risiko für die anderen Aktivist:innen der Initiative, in denen manche Beteiligte für eine stärkere Positionierung gegen den Krieg eintraten. Das führte dazu, dass die Initiative nach 2022 in der Öffentlichkeit apolitisch auftritt. Somit können die organisatorische Struktur und die Ausgestaltung der Beziehungen innerhalb der Initiative Einfluss auf den Grad der Politisierung im urbanen Raum haben.

Politische Erfahrung und Einbindung in lokale Prozesse

Die Politisierung von Aktivist:innen kann nicht nur auf eine Beteiligung an einem politischen Akt zurückgeführt werden, bei dem direkt und öffentlich das politische Regime kritisiert wird. So sind meine Gesprächspartner:innen meist an mehreren aktivistischen Initiativen beteiligt, woraus sie wiederum ganz unterschiedliche Erfahrungen sammeln. So kandidierten Umweltaktivist:innen sowohl vor 2022 wie auch danach bei Wahlen als Unabhängige. Oder sie engagierten sich bei Wahlkämpfen unabhängiger Politiker:innen, arbeiteten in

Menschenrechtsorganisationen mit oder waren als unabhängige Journalist:innen tätig. Seit 2022 verbanden sie die Verteidigung urbaner Räume mit politischen und Antikriegsprojekten, die sie als ebenso bedeutsamen Widerstand gegen die herrschende Ordnung auffassen und stellten somit gezielt eine Verbindung zwischen diesen sonst getrennten Formaten des Aktivismus her.

Eine Besonderheit besteht darin, dass unterschiedliche Arten des Engagements als Aktivist:in auf verschiedene Weise zu Tage treten. Sie können je nach Situation sichtbar oder versteckt sein. Politisierung oder Entpolitisierung schließt sich oft nicht gänzlich aus, sondern überlappen sich oft und ergänzen sich gegenseitig. So setzte einer meiner Gesprächspartner, der sich systematisch an Versammlungen zur Unterstützung von Nawalnyj beteiligt hatte, nach 2022 diese Erfahrung von Widerstand auf eine andere Weise ein. Er meint, dass die Aufzucht von Pflanzen in einem urbanen Garten, an der er sich beteiligt, nicht nur zivilgesellschaftliches Engagement und Umweltbildung bedeutet, sondern auch eine Alternative zur »patriotischen« und militarisierten Bildung in den Schulen. Diese ist seit Kriegsbeginn gegen die Ukraine in den Bildungseinrichtungen verstärkt worden.^[3] In diesem Fall bietet Umweltbildung den Schüler:innen die Möglichkeit, sich in Räumen zu bewegen, die in gewissem Maße frei von staatlicher Kontrolle sind. Für Aktivist:innen ist das praktischer Widerstand gegen die Indoktrinierung im Bildungswesen, der über den üblichen urbanen Aktivismus hinausgeht.

Also sind Aktivist:innen in manchen Situationen bereit, offen politisch zu agieren. In anderen Situationen entscheiden sich dieselben Akteure eher für äußerlich unpolitische Aktivitäten, die gleichwohl nicht im Widerspruch zu ihren Grundüberzeugungen als Bürger:innen stehen.

Überzeugungen und Politisierung der Ansichten

Die Veränderungen, die der Krieg und dessen Folgen mit sich brachten, haben auch die Wahrnehmung urbaner Politik und deren Interpretation durch Aktivist:innen beeinflusst. Marija berichtet wie folgt von ihren Sorgen anlässlich der Abholzung von Bäumen an ihrem Lieblingsort:

»Das ist wie eine Vergewaltigung. Das heißt, die können uns jederzeit unsere Umwelt mit Gewalt nehmen, einfach so. Und dabei erzählen sie, dass anstelle dieser Umwelt, die wir liebten [...] ein Bürgersteig hinkommt oder eine Straßenlaterne. [...] irgendjemand da oben kommt und beschließt das. [...] Und mir scheint, dass das ein großes Übel ist, dass es politisch ein großes Übel ist, weil dort bei diesen kleinen Vorkommnissen, mit diesen Grünzonen, das ist ganz ähn-

lich wie das, was mit dem Krieg geschieht, ja.

Da hat man auch alles für uns alle entschieden.«

Anhand dieser Äußerung wird deutlich, wie sich eine Haltung gegen den Krieg in emotionaler Unzufriedenheit mit lokalen Baumaßnahmen ausdrückt. Marija stellt hier einen Zusammenhang zwischen der Stadtpolitik her, die ihr gewohntes Umfeld an ihrem Wohnort bedroht, und die sie als Gewaltakt interpretiert, der auch mit der großen Politik zusammenhängt. Ähnliche Begründungen sind in den Überlegungen jener festzustellen, die sich aus der Überzeugung heraus bei urbanen Protesten engagieren, dass lokaler Protest Ausdruck globaler politischer Prozesse ist. Seit 2022 hat der Krieg gegen die Ukraine ihren Ansichten eine zusätzliche Motivation zum Widerstand auf städtischer Ebene gegeben.

Aktivist:innen räumen zwar ein, dass sie nur begrenzten Einfluss auf das Handeln der Politiker:innen haben, doch blenden sie in ihren Überlegungen das Politische nicht aus. So meinten Interviewpartner:innen beispielsweise, dass sie Gespräche über Politik nicht für unangebracht oder unwichtig halten und vielmehr ihre Beteiligung an urbanen Bewegungen als Teil ihrer politischen Erfahrungen betrachten. Eine solche Haltung findet zwar nur selten Ausdruck im öffentlichen Raum. Veränderungen im Denken sind aber Teil eines komplexen und nicht-linearen Prozesses, durch den urbanen Aktivist:innen allmählich bewusst wird, dass sie politische Subjekte sind.

Zusammenarbeit mit dem Polizeistaat

Die Vorstellung von der sich politisierenden Stadt geht davon aus, dass Unzufriedene dem herrschenden Regime, dem »Polizeistaat« [in der englischsprachigen Literatur als »police order« bezeichnet, Anm. d. Red.], ihre Ablehnung kundtun und öffentlich dessen radikalen Umbau fordern. Vor diesem öffentlichen Akt sind Bewohner:innen der Stadt für das Regime unsichtbar und stellen somit auch keine reale Kraft für Veränderungen dar. Gleichwohl ist es wichtig zu berücksichtigen, dass staatliche Akteure einflussreich sind, von denen Entscheidungen auf der Ebene der städtischen Politik und damit weitgehend der Ausgang des Konflikts abhängen. Daher wenden sich russische urbane Aktivist:innen auch an Politiker:innen verschiedener Ebenen, um ihre Forderungen durchzusetzen: Die Strategien können dabei variieren, nämlich von Zusammenarbeit bis hin zu Kritik an deren Vorgehen und öffentlichem Widerstand. Dabei rechtfertigen meine Informant:innen die pragmatische Zusammenarbeit mit der Staatsmacht mit der Umverteilung von staatlichen Ressourcen und Macht, um in der städtischen Politik »gute und richtige« Ziele zu erreichen:

»Wenn wir uns mit dem Anliegen nicht zunächst an die Kommunalverwaltungen wenden, werden diese die Gelder einfach dafür ausgeben, was wir

unbedingt vermeiden wollen [gemeint ist militärische Infrastruktur; *Anm. d. Verf.*].«

Darüber hinaus führt eine kritische und politisierte Haltung gegenüber staatlichen Institutionen nicht immer zu einer Ablehnung von Zusammenarbeit. Aktivist:innen mögen gegenüber dem Regime skeptisch sein, können aber gleichzeitig die Meinung vertreten, dass eine Zusammenarbeit notwendig sei. Vertreter:innen des »Polizeistaates« können je nach Situation unterschiedlich wahrgenommen werden. So gilt zum Beispiel die Teilnahme an einer Veranstaltung mit Parteisymbolen und -flaggen von »Einiges Russland« meist als inakzeptabel. Eine Zusammenarbeit und ein »konstruktiver Dialog« durch Treffen in den Büros städtischer Beamt:innen, die Parteimitglied sind, wird in Kauf genommen, wenn es den Zielen der Initiative dient. Im ersten Fall gilt eine öffentliche Zusammenarbeit mit »Einiges Russland« als unmöglich. Im zweiten Fall wird dem/der Beamt:in die entpolitisierte Rolle eines:r »Expert:in« zugeschrieben, der/die im System eine bestimmte Funktion ausübt, und der Schritt erscheint als notwendige Maßnahme.

Darüber hinaus halten Aktivist:innen den Kontakt zu einem/r Vertreter:in des »Polizeistaates« für einen begründeten politischen Akt: »Wenn sich alle aktiven Leute weigern, mit [Beamt:innen] zusammenzuarbeiten, wird sich bei denen da oben an der Macht nichts ändern. [...] Die werden dann nur von den Menschen isoliert sein«. Daher wird die Zusammenarbeit mit Vertreter:innen der Stadtregierung als Möglichkeit interpretiert zu zeigen, dass es eine Art Aufsicht über deren Politik gibt.

Schlussfolgerungen

Graswurzelinitiativen und Gruppen von Aktivist:innen sind keine monolithischen Einheiten, deren Handeln als

nur politisiert oder nur entpolitisiert charakterisiert werden kann. Für die Aktivist:innen ist kennzeichnend, dass sie zwischen verschiedenen Strategien hin- und herwechseln, zwischen Akten des Widerstands und »ungefährlichen« pragmatischen Formaten, zwischen Öffentlichkeit und Unsichtbarkeit, zwischen notwendiger Zusammenarbeit mit und Widerstand gegen staatliche Institutionen. Die sich ständig ändernden Bedingungen und die zunehmende Kontrolle durch den Staat zwingen die Teilnehmer:innen urbaner Initiativen dazu, bei ihrem Vorgehen den Grad der Politisierung situativ anzupassen. Oft ergänzen ihre Formate und Praktiken einander nicht nur nicht, sondern widersprechen einander sogar. So sehr das paradox erscheinen mag, aber gerade das hat es den Initiativen ermöglicht, flexibel zu bleiben und nach 2022 weiterhin in Russland bestehen zu können.

Daher sollte urbaner Aktivismus in Russland nicht vereinfacht schematisch als rein politisch oder als komplett unpolitisch betrachtet werden. Wird diesen lokalen Beziehungsgeflechten im urbanen Raum zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt, so kann dies zu Forderungen verleiten, sich für eine der beiden Haltungen zu entscheiden, also entweder Widerstand zu leisten, oder aber sich dem Regime in Russland unterzuordnen. Die Bedingungen und auch die Dilemmata, unter und mit denen Aktivist:innen und zivilgesellschaftliche Akteur:innen ihren Unmut ausdrücken und dabei womöglich auf Hindernisse für weiteren Widerstand stoßen, sollten genau untersucht werden. Das ermöglicht Einblicke, wie der Autoritarismus im Alltag der Menschen funktioniert, sich weiterentwickelt und mit der Zeit verändert (siehe Zhelnina in den Lesetipps).

Übersetzung aus dem Russischen: Hartmut Schröder

Über die Autorin

Julia Solneva ist ein Pseudonym. Sie hat einen Masterabschluss in Urbanistik. Ihre Forschungsschwerpunkte sind soziale Bewegungen und Graswurzelinitiativen, kollektives Handeln und städtische Verwaltung.

Lesetipps / Bibliographie

- Dikeç, M., & Swyngedouw, E. (2017). Theorizing the politicizing city. *International Journal of Urban and Regional Research*, 41(1), 1–18. <https://doi.org/10.1111/1468-2427.12388>
- Dolinina, I., & Uzhvak, P. (2023, March 22). There Are No Protests in Russia? Yet Roskomnadzor Found Them! *IStories*. <https://istories.media/en/stories/2023/03/22/there-arent-protests-in-russia-yet-roskomnadzor-found-them/>
- OVD-Info. (2024) Repression in Russia in 2024: OVD-Info Overview. <https://ovd.info/en/repression-russia-2024-ovd-info-overview#1>
- Zhelnina, A. (2023). Movement dilemmas under authoritarianism: National and local activism in Russia. *Sociologica*, 17(1), 67–76. <https://doi.org/10.6092/issn.1971-8853/16777>

Verweise

[1] <https://istories.media/en/stories/2023/03/22/there-arent-protests-in-russia-yet-roskomnadzor-found-them/>

[2] <https://ovd.info/en/repression-russia-2024-ovd-info-overview#1>

[3] Siehe hierzu etwa die Ausgabe 445 der Russland-Analysen zum Thema »Indoktrinierung« (<https://laender-analysen.de/russland-analysen/445/>) oder die Ausgabe Nr. 463 zum Thema »Wissenschaftsfreiheit« (<https://laender-analysen.de/russland-analysen/463/>).

KOMMENTAR

Horizontale Verzerrungen: Engagement in zivilgesellschaftlichen Organisationen und die Unterstützung des Regimes

Wsewolod Bederson

Zivilgesellschaftliche Organisationen im Autoritarismus

Die Politik in Autokratien kann mit einem Zerrspiegel verglichen werden. Das Parlament spiegelt nicht den Willen des Volkes wider, Wahlen führen nicht zu einem Machtwechsel und es gibt keinen echten Parteienwettbewerb. Im alltäglichen Leben und in den sozialen Beziehungen unterhalb des Radars des autoritären Regimes gibt es jedoch immer noch Raum für bürgerschaftliche Initiativen, Freiwilligenarbeit, Wohltätigkeit und Selbstorganisation. Das zivilgesellschaftliche Leben an der Basis, das außerhalb von Staat und Wirtschaft existiert, bleibt für autoritäre Regime lange unsichtbar. Doch in dem Maße, wie die Regime die Kontrolle über die wichtigsten Institutionen festigen, achten Autokraten zunehmend auch auf diesen Sektor. Sie machen gesellschaftliche Organisationen und Bürgervereinigungen zu Instrumenten, mit denen sie sich die Loyalität gesellschaftlicher Gruppen erkaufen, politische Ziele mit geringen Kosten umsetzen und ausbleibendes Feedback aus der Bevölkerung aufgrund von Medienzensur und Repressionen kompensieren können.

In Russland begann[1] die gezielte Kooptierung und Unterwerfung der auf Berufstätigkeit basierenden gemeinnützigen Organisationen in den Jahren 2012–2013. Der Kreml griff auf eine Reihe von Maßnahmen zurück: Einschränkung der ausländischen Finanzierung, Einführung des Status »ausländischer Agenten« und »unerwünschter Organisationen« und die gezielte Verteilung von »Zuwendungen« aus dem Förderprogramm des Präsidenten zur Unterstützung loyaler Strukturen. Mit diesen Maßnahmen wurden die offiziell registrierten Nichtregierungsorganisationen unter Kontrolle gebracht. Allerdings geht zivilgesellschaftlicher Aktivismus weit über den beruflich organisierten Sektor hinaus und umfasst alltägliche Formen der Selbstorganisation: Sportvereine, Hausbesitzervereinigungen, Eltern-Chatgruppen, Tanzgemeinschaften und andere informelle Zusammenschlüsse, die Sozialkapital, gegenseitiges Vertrauen und horizontale Netzwerke schaffen.

Klassische Werke der Politikwissenschaft stellen eine Verbindung her zwischen Faktoren wie dem Vertrauen in die Gesellschaft, des Ausmaßes an Sozialkapital und der Stärke der sozialen Netzwerke mit der Qualität der Demokratie und der öffentlichen Dienstleistungen.[2] Die Beteiligung an zivilgesellschaftlichen Vereinigungen verringert die Transaktionskosten der Kommunikation: Die Bürger:innen finden schneller Gleichgesinnte, können andere auf geteilte Werte überprüfen und

schneller untereinander kommunizieren. Die Kommunikationsdichte und -geschwindigkeit erhöht sich, was wiederum die soziale Mobilisierung erleichtert:[3] Es ist effektiver über ein Netzwerk von Gleichgesinnten, die einander vertrauen und daran interessiert sind, wichtige Informationen mitzuteilen, zu einer Umweltaktion oder Demonstration einzuladen. Es hat sich herausgestellt, dass das viel besser funktioniert als eine Einzelperson einfach nur gezielt anzusprechen und einzuladen.

In Autokratien, in denen die Spielregeln im politischen System wie durch einen gekrümmten Spiegel verzerrt sind, stellt sich jedoch die Frage, ob Graswurzelbewegungen noch das Potenzial haben, die Zivilgesellschaft zu stärken. Um diese Frage in Bezug auf das Russland seit der Vollinvasion der Ukraine im Februar 2022 zu beantworten, wende ich mich den Daten der 14. Welle des Projekts Chroniki zu[4], einer landesweit repräsentativen Umfrage, die im Februar 2025 durchgeführt wurde (Stichprobe: 1.600 Befragte). Die Befragten wurden u. a. nach ihrer Beteiligung an verschiedenen Arten von zivilgesellschaftlichen Vereinigungen befragt. Die Ergebnisse zeigen, dass etwa 40 Prozent der Russ:innen sich überhaupt nicht an den Aktivitäten von Nichtregierungsorganisationen beteiligen. Etwa 30 Prozent engagieren sich in einer Organisation und fast ebenso viele sind in zwei oder mehreren Organisationen aktiv. Im Weiteren teile ich die Befragten in drei Gruppen ein:

- »Inaktiv«: keine Beteiligung an einer zivilgesellschaftlichen Organisation
- »Wenig aktiv«: engagiert sich in ein bis drei Organisationen
- »Sehr aktiv«: Engagement in vier oder mehr Organisationen.

Religiöse Vereinigungen sind am häufigsten vertreten: 45 Prozent der Befragten sind dort aktiv. Es folgen Freiwilligen-, Wohnungs-, Sport-, Kultur- und Bildungsorganisationen (27–35 Prozent der Befragten). 10–20 Prozent der Befragten beteiligen sich an Aktivitäten weiterer Organisationen. Politische Parteien und Frauenorganisationen sind am unbeliebtesten.

Artefakte des Zerrspiegels

Es besteht ein deutlicher Zusammenhang zwischen dem Grad des Engagements in zivilgesellschaftlichen Organisationen und der Loyalität gegenüber dem Staat. Unter den »Inaktiven« hätten gerne 66 Prozent Wladimir Putin nach der nächsten Wahl als Präsident, bei den »sehr Akti-

ven« sind es 77 Prozent. Auch die Unterstützung für den Krieg steigt mit zivilgesellschaftlichem Engagement: von 51 Prozent bei den »Inaktiven« auf 59 Prozent bei den »sehr Aktiven«. Gleichzeitig gibt es unter den »Inaktiven« einen höheren Anteil von Personen, die die »militärische Spezialoperation« nicht unterstützen (nicht unterstützen, keine Meinung haben oder die Antwort auf die Frage verweigern): 12 Prozent bei den »Inaktiven« gegenüber 9 Prozent bei den »sehr Aktiven«.

Weniger eindeutig sind die Ergebnisse bei der Frage nach der Unterstützung für Putins hypothetische Entscheidung, die Truppen aus der Ukraine abzuziehen und zu Verhandlungen überzugehen. »Wenig Aktive« würden eine solche Entscheidung eher unterstützen (42 Prozent), während »Inaktive« und »sehr Aktive« dies in gleichem Maße tun würden (jeweils 40 Prozent). 46 Prozent der »Inaktiven« und »wenig Aktiven« unterstützen den Truppenabzug nicht, unter den »sehr Aktiven« sind es nur 43 Prozent. Dahinter verbergen sich wahrscheinlich Artefakte der politischen Loyalität und der Tendenz, sich der Mehrheit anzuschließen: Diejenigen, die sozial breit vernetzt sind, bringen eher ihre Bereitschaft zum Ausdruck, jegliche notwendige staatliche Entscheidung zu unterstützen. Ähnliche Artefakte finden sich auch bei Themen, die nicht im direkten Zusammenhang mit der Unterstützung für das Regime oder dem Krieg stehen. So sind die »sehr Aktiven« eher bereit, die Armee zu unterstützen (72 Prozent gegenüber 34 Prozent der »Inaktiven«), während die »Inaktiven« eher bereit sind, Tieren oder der Umwelt zu helfen (27 Prozent gegenüber 17 Prozent der »sehr Aktiven«).

Die Abstimmung bei der letzten Präsidentschaftswahl hängt auch mit dem zivilgesellschaftlichen Engagement zusammen. Bei der Wahl im Jahr 2024 haben 64 Prozent der »sehr aktiven« Befragten und 52 Prozent der »inaktiven« Befragten für Putin gestimmt. Unter denjenigen, die nicht an der Wahl teilgenommen haben, ist der Anteil jener, die sich nicht zivilgesellschaftlich engagieren mit 31 Prozent höher, während »sehr Aktive« unter den Nichtwähler:innen nur 20 Prozent ausmachen. Darüber hinaus stimmten die »Inaktiven« häufiger als andere für Wladislaw Dawankow^[5] (drei Prozent gegenüber einem Prozent der »sehr Aktiven«).

Verzernte Wahrnehmungen

Das zivilgesellschaftliche Engagement korreliert auch mit dem materiellen Wohlstand. Je höher das Einkommen, desto häufiger ist eine Person in die Aktivitäten mehrerer Organisationen gleichzeitig eingebunden. Es gibt mehr »sehr aktive« Befragte mit einem Einkommen von mehr als 70.000 Rubel pro Haushalt als solche, die mit einem Einkommen von 30.000 Rubel oder weniger auskommen müssen. Diejenigen, die ihre finanzielle Situation so einschätzen, dass sie sich »alles außer dem

Kauf einer Wohnung« oder sogar deren Erwerb leisten könnten, gehören häufiger zur Gruppe der »sehr Aktiven«. Ärmere Schichten sind demgegenüber deutlich weniger sozial aktiv.

Die »sehr Aktiven« stimmen eher zu, dass der Krieg auch positive Auswirkungen auf ihr tägliches Leben hat (14 Prozent gegenüber acht Prozent der »wenig Aktiven«). Trotzdem sind sie besser darüber informiert, wie die Dinge tatsächlich stehen: 45 Prozent der »sehr Aktiven« (gegenüber 38 Prozent der »Inaktiven« und 41 Prozent der »wenig Aktiven«) geben an, dass sie in den letzten zwei bis drei Jahren mehr arbeiten mussten und 32 Prozent klagen über ein Defizit an Medikamenten (bei den »Inaktiven« und »wenig Aktiven« sind es 25 Prozent bzw. 30 Prozent). Diese Wahrnehmung schlägt sich jedoch nicht in Unzufriedenheit nieder: Die »sehr Aktiven« kritisieren das Regime oder den Krieg seltener und passen sich den Gegebenheiten an oder akzeptieren sie als Normalität.

Die Qual der Wahl

Bei der Umfrage wurde auch danach gefragt, ob wichtige Ämter auf kommunaler und regionaler Ebene (wie Bürgermeister:innen, Bezirksvorsitzende, Gouverneur:innen) von der Bevölkerung gewählt oder aber ernannt werden sollen. Entgegen den Erwartungen ergab sich hier ein komplexes Bild.

»Sehr aktive« Befragte sind eher der Meinung, dass die Bürgermeister:innen ernannt werden sollten (22 Prozent), bei den »wenig aktiven« Befragten sind es 15 Prozent und bei den »inaktiven« Befragten 13 Prozent. 73 Prozent der »sehr aktiven«, 76 Prozent der »inaktiven« und 78 Prozent der »wenig aktiven« Befragten würden gewählte Bürgermeister:innen bevorzugen. Ähnlich verhält es sich mit der Einstellung zur Wahl der Gouverneure. Die Mehrheit der Befragten in allen Gruppen bevorzugt gewählte Regionalgouverneure: 57 Prozent der »sehr aktiven«, 62 Prozent der »wenig aktiven« und 60 Prozent der »inaktiven« Befragten. Unter denjenigen, die sich bei vielen Nichtregierungsorganisationen engagieren, sind jedoch mehr Personen der Ansicht, dass die Gouverneure vom Präsidenten ernannt werden sollten (etwa 40 Prozent, 10 Prozentpunkte weniger in den anderen Gruppen). Bei den Bezirksräten ergibt sich ein anderes Bild: »sehr aktive« Befragte sprechen sich häufiger für gewählte Bezirksräte aus, während »wenig Aktive« eher für deren Ernennung sind.

Das Leben der Anderen

In Russland ist das zivilgesellschaftliche Engagement ein entscheidender Kanal für die Herausbildung von Sozialkapital und trägt zur Vertrauensbildung und zur Stärkung horizontaler Netzwerke bei. Diese Faktoren sollten, folgt man klassischen Theorien der Politikwissenschaft,

mit größerem zivilgesellschaftlichem Engagement, einer kritischen Haltung und einer stärkeren Präferenz für politische Teilhabe einhergehen. In autoritären Regimen, in denen die Zivilgesellschaft streng von oben kontrolliert wird, arbeitet das Sozialkapital jedoch anders: Es findet zwar Mobilisierung statt, jedoch nicht, um Druck auf den Staat auszuüben, sondern um politische Loyalität zum Ausdruck zu bringen.

Ein höheres Maß an Aktivität in Nichtregierungsorganisationen korreliert nicht mit einer kritischeren Haltung gegenüber dem Staat, sondern, ganz im Gegenteil, mit einer größeren Unterstützung für die wichtigsten Symbole und Institutionen des Regimes: Putin, die Armee und den Krieg. Von den »sehr aktiven« Befragten glauben 54 Prozent, dass ihr Umfeld die »militärische Spezialoperation« unterstützt, während es bei den »inaktiven« und »wenig aktiven« Befragten 49 Prozent

sind. Dies deutet darauf hin, dass das Sozialkapital in Russland über Kanäle aufgebaut wird, die dem Staat gegenüber wohlgesonnen sind. Damit wird Konformismus gefördert, indem die russischen Bürger:innen in von oben kontrollierte soziale Netzwerke eingebettet werden. Der Kreml betreibt dieses »Kapern« des sozialen Kapitals konsequent, indem die unabhängige Zivilgesellschaft neutralisiert und loyale Nichtregierungsorganisationen gefördert werden. Unter diesen Bedingungen bringt das Engagement in zivilgesellschaftlichen Organisationen nicht Selbstbestimmung zum Ausdruck, sondern stellt eine Form der politischen Sozialisierung im Autoritarismus dar. Die horizontalen Beziehungen der Befragten stellen deswegen keine Bedrohung für die Staatsmacht in Russland dar, sondern können vom Staat als Ressource genutzt werden.

Anmerkung: Dieser Text erschien zuerst bei Riddle Russia auf Russisch unter <https://ridl.io/ru/gorizontalnye-iskrivleniya-uchastie-v-deyatelnosti-obshchestvennyh-obedinenij-i-podderzhka-rezhima/>. Die Redaktion der Russland-Analysen bedankt sich bei Riddle und dem Autor für die Erlaubnis, die deutsche Übersetzung veröffentlichen zu dürfen.

Über den Autor

Wsewolod Bederson ist promovierter Politikwissenschaftler und ist Forscher im Projekt Chronicles <https://www.chronicles.report/en>.

Verweise

- [1] <https://ridl.io/ru/ot-pyatoj-kolonny-k-privodnym-remnyam-dinamika-vozhdeystviya-gosudarstva-na-nekommercheskie-organizatsii-v-putinskoj-rossii/>
- [2] <https://press.princeton.edu/books/paperback/9780691037387/making-democracy-work>.
- [3] <https://id.hse.ru/books/303790250.html>
- [4] <https://www.chronicles.report/chapter14>
- [5] Anmerkung der Redaktion der Russland-Analysen: Wladislaw Dawankow kandidierte bei den russischen Präsidentschaftswahlen 2024 für die augenscheinlich reformorientierte, aber systemtreue Partei »Nowye Ljudi« (dt. »Neue Leute«) und sprach sich dabei gegen die Unterdrückung der russischen Zivilgesellschaft und für Frieden und Verhandlungen zu russischen Bedingungen aus. Aufgrund seiner Unterstützung des Angriffskrieges gegen die Ukraine wurde er allerdings mit internationalen Sanktionen belegt. Außerdem unterstützte er das Gesetz zum Verbot von Geschlechtsangleichungen (2023) und war sogar an dessen Einbringung in das Parlament beteiligt. Zum Weiterlesen über diesen zwiespältigen Politiker: <https://novayagazeta.eu/articles/2024/02/15/presidential-candidate-davankovs-manifesto-calls-for-peace-and-negotiations-en-news> und <https://www.russian-election-monitor.org/who-is-vladislav-davankov-a-new-hope-for-opposition-in-the-presidential-election.html>.

DOKUMENTATION

Zivilgesellschaft und Repression in Russland seit 2022

Tabelle 1: Zeitliche Entwicklung der Formen der Repression in Russland (bis 2024)

Art der Repression	2019	2020	2021	2022	2023	2024 (Januar–Mai)	Trend	Bemerkung
Politisch motivierte Fälle (gesamt, jährlich)				6.500	3.500	1.200		Summe aus Strafverfahren und Verfahren wegen Ordnungswidrigkeiten
Verurteilungen (Antikriegsfälle, jährlich)				495	365	935 (bis Juni)		Nur Antikriegs-Urteile, 2024: davon 31 Haft, 8 in absentia
Durchschnittliche Urteile pro Tag (Antikriegsfälle)				1,6	1	0,5		
Festnahmen bei Massenprotesten	96	69	184	91	34	Keine Daten, nur seltene Fälle		2019: Proteste im Zusammenhang mit den Wahlen zur Moskauer Stadtduma, 2021: Massenaktion zur Unterstützung von Nawalnyj
Politisch motivierte Strafverfahren (gesamt, jährlich)				775	624	263		Laut OVD-Info Datenbank
Durchschnittlich politisch motivierte Strafverfahren pro Tag	1,18	0,99	1,34	2,12	1,71	1,75		2017: 0,6; 2018: 0,81
Ordnungswidrigkeiten nach Art. 20.3.3 (jährlich)				5.600	3.000	917		Art. 20.3.3: »Diskreditierung der Armee«
Durchschnittliche Fälle pro Tag (Art. 20.3.3)				18	8	6		
Festnahmen (Antikriegsfälle, jährlich)				19.682	381	41		Massive Rückgänge wegen Risiko, 2024: nur noch vereinzelte halböffentliche Aussagen
Bajmak-Fall (Anzahl der Beteiligten)						78		Massive Repression in Baschkortostan
Rechtfertigung von Terrorismus. Fälle nach Art. 205.2						36		
Extremismus. Fälle nach Art. 280, 282						60		
Rehabilitierung des Nationalsozialismus. Fälle nach Art. 354.1						17		Beispiele: Z anzünden, am ewigen Feuer seine Zigarette anzünden, auf russische Flagge spucken
Psychiatrische Zwangsmaßnahmen					25	8		Rückkehr sowjetischer Praktiken, 2013–2022: 55 Fälle
Berichte über Folter/ Beschwerden über Gewalt						13		U. a. Bajmak-Fall, OVD-Info, insgesamt 80 Gefangene
Todesfälle in Haft (Bajmak-Fall)						2		Zwei Tote, eine Person im Koma

Quelle: Soviet and Non-Soviet: The scale of repression in Russia at the beginning of 2024 has decreased slightly, but the regime's level of repressiveness remains high, 30.05.2024 <https://re-russia.net/en/analytics/0157/>

Tabelle 2: Intensität politischer Repression 2016–2024 (normiert, Fälle/Tag)

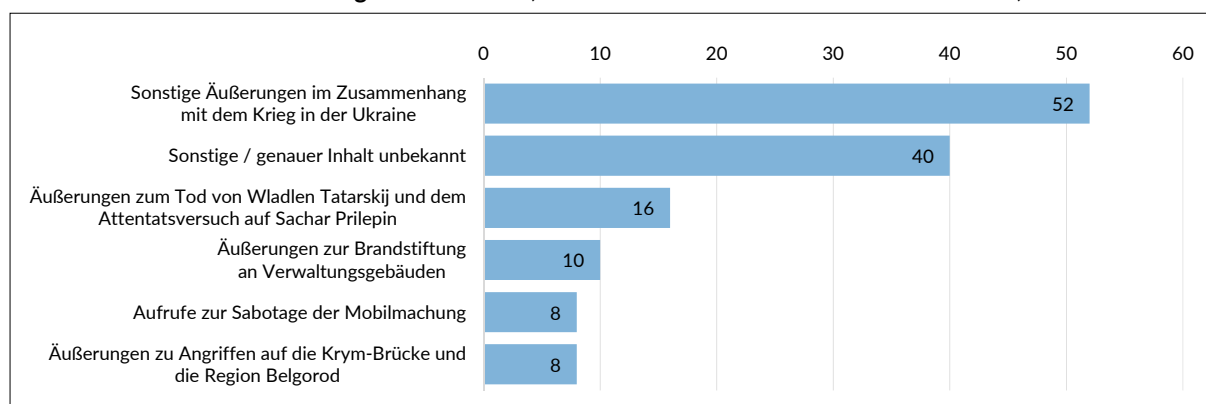
Jahr	Anzahl der Strafverfahren pro Tag 	Gesamtzahl der Repressionen (Verfahren wegen Ordnungswidrigkeiten und Strafverfahren) pro Jahr
1975–1985	0,25	19.000
2017	0,60	X
2018	0,81	X
2019	1,18	X
2020	0,99	X
2021	1,34	X
2022	2,12	7.000
2023	1,71	3.500
2024	1,75	~ 3.000 (1.200 in 5 Monaten)

Quelle: Soviet and Non-Soviet: The scale of repression in Russia at the beginning of 2024 has decreased slightly, but the regime's level of repressiveness remains high, 30.05.2024 <https://re-russia.net/en/analytics/0157/>

Tabelle 3: Russlands Repressionen werden systematischer und strenger, jedoch nicht umfassender

Art der Repression	2022	2023	Trend 	Bemerkung
Repressive Gesetze 2022	22	16		Seit Invasion (OVD-Info); 50 von 2018–2022 (FIDH)
Urteile nach Art. 280.3 (Wiederholte Diskreditierung der Armee)	83	277		
Urteile nach Art. 280.3 mit Haft	22	140		
Durchschnittliches Strafmaß in Anti-Kriegsfällen (in Monaten)	23	77		
Teilnehmer:innen an »Terrorakten«/ Sachbeschädigung	117	274		Vieles, das in 2022 als Sachbeschädigung galt, gilt ab 2023 als Terrorakt, daher der Anstieg
Justizfälle zu Terrorismus/Extremismus etc.		134		Z. B. Aussagen zu Kriegseignissen
Fälle zu Landesverrat (2023, Schätzung)		mehr als 100		Ca. gleich viel wie 1997–2018 gesamt
Politisch motivierte Strafverfolgung	724	517		
Neue »ausländische Agenten«		217		V. a. Medien (78), danach politische Gruppen (31)
Neue »unerwünschte Organisationen«	23	55		Von 2015 bis Februar 2022: 49
Verfahren nach Art. 20.3.3 (Diskreditierung der Armee)	5.518	2.830		
Verhaftungen bei Straßenprotesten	mehr als 15.000 (bis 20.03.2022)	817		Bis Januar 2024: 19.850 Fälle, drei Viertel der Verhaftungen wegen öffentlicher Antikriegsäußerungen im ersten Kriegsmonat
Anteil weiblicher politischer Gefangener (2023)		20 %		2020: 7 %
Fälle von Isolationshaft bei politischen Gefangenen (2023)		49		
Menschenrechts-NGOs aufgelöst		4		Moskauer Helsinki-Gruppe, Sacharow-Zentrum, Sova, »Mensch und Gesetz«

Quelle: From War to Prison: Repression in Russia is becoming more 'planned' and harsh, but not more widespread, 07.02.2024 <https://re-russia.net/en/analytics/0125/>

Grafik 1: Fälle von Anstiftung zu Terrorismus, Extremismus und staatsfeindlicher Aktivität, 2023

Insgesamt: 134 Fälle. Quelle: <https://data.ovd.info/repressii-v-rossii-v-2023-godu-obzor-ovd-info#4-1>

Tabelle 4: Beispiele für Repressionen der Jahre 2023–2024

Jahr	Name	Vorwurf	Strafe	Bemerkung
2024	Jewgenija Majboroda	Falschnachrichten, Aufrufe zum Extremismus	5,5 Jahre	
2024	Alexej Gorinow	Falschnachrichten, Rechtfertigung von Terrorismus	7,5 Jahre, 3 Jahre	Zweiter Vorwurf während der Haftstrafe
2024	Marija Ponomarenko	Falschnachrichten, Verursachen eines nicht gesundheitsgefährdenden Schadens	6 Jahre, 22 Monate	Zweiter Vorwurf während der Haftstrafe
2023	Wladimir Kara-Mursa	Hochverrat, Falschnachrichten, Aktivitäten einer unerwünschten Organisation	25 Jahre	
2023	Transmädchen	Symbole einer extremistischen Organisation	5 Tage Verwaltungshaft	Repressiver Populismus: Ausweitung der Verfolgung auf LGBTQ+, Einstufung von LGBTQ+ als extremistische (und fiktive) Organisation
2023	Kevin Lick	Verrat	4 Jahre	
2023	Jegor Balasejkin	Versuchter Terrorismus	6 Jahre	
2023	Walerija Sotowa	Versuchter Terrorismus	6 Jahre	
2023	Jurij Michejew	Sabotage	7 Jahre	
2023	Matwej Melnikow	Sabotage	19 Jahre, 300.000 Rubel Geldstrafe	
2023	Timofej Melnikow	Sabotage	20 Jahre, 300.000 Rubel Geldstrafe	
2023	Michail Awdonin	Versuchter Terrorismus, Vorbereitung von Verrat	Keine Angabe	
2023	Alsu Kurmaschewa	Versäumnis, die für die Aufnahme in das Register der »ausländischen Agenten« erforderlichen Unterlagen vorzulegen (Abschnitt 3 des Artikels 330.1), Verbreitung von Falschnachrichten über die Armee	6,5 Jahre	

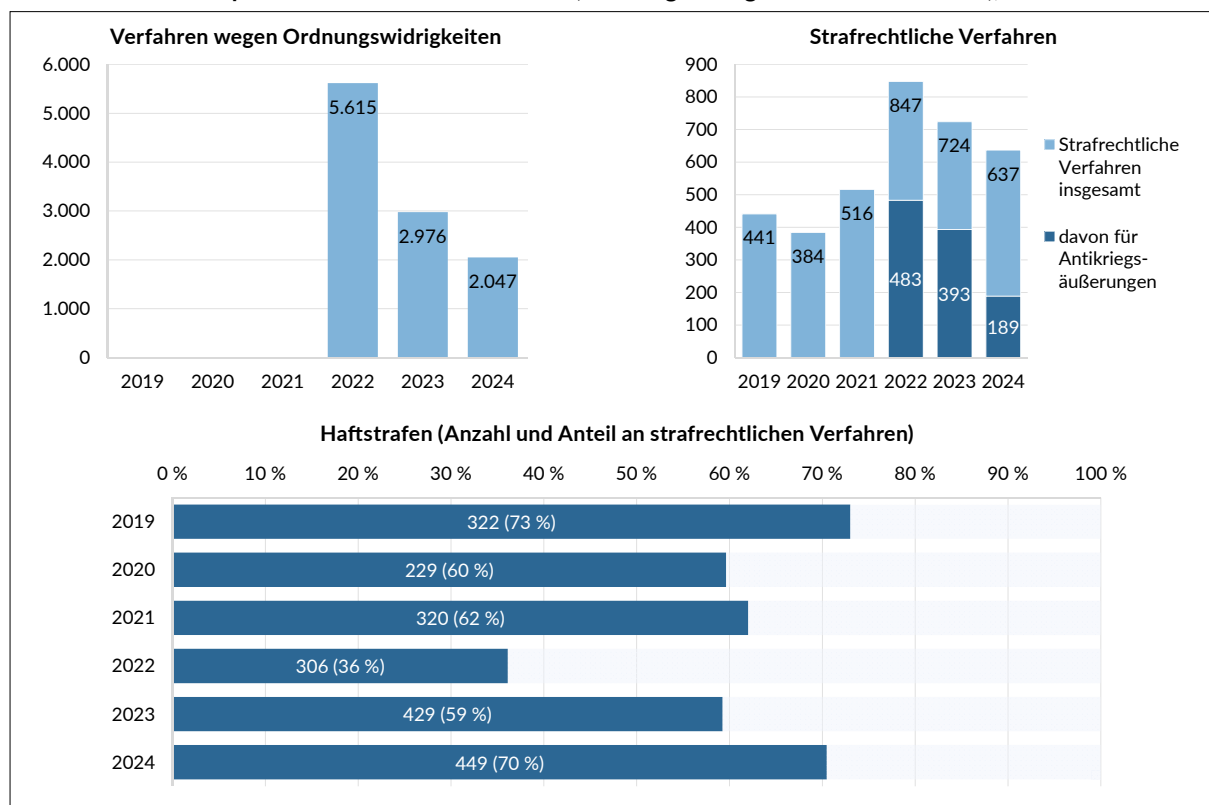
In den Kommentaren sind fehlende Angabe mit Quellenangabe ergänzt worden.

Quelle: From War to Prison: Repression in Russia is becoming more 'planned' and harsh, but not more widespread, 07.02.2024 <https://re-russia.net/en/analytics/0125/>

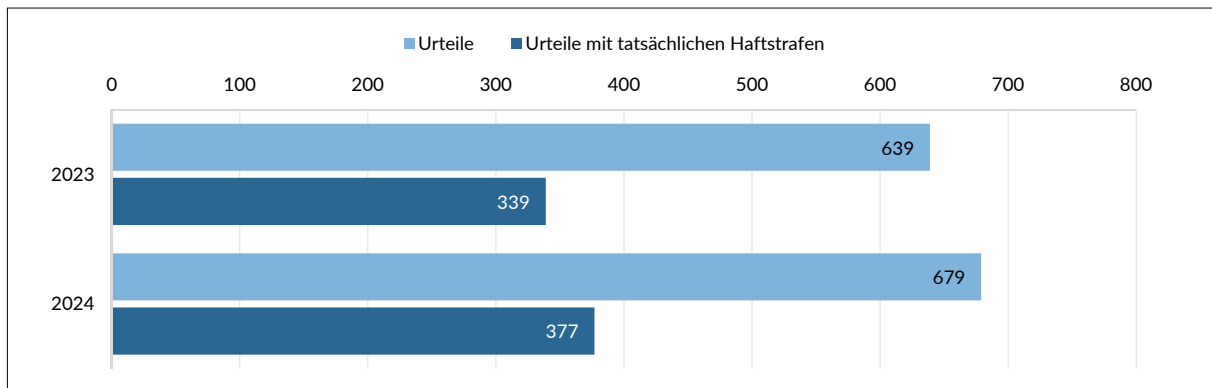
Tabelle 5: Verändertes Repressionsmuster im dritten Jahr des Ukraine-Kriegs

Art der Repression	Wert	Bemerkung
Durchschnittliche monatlich neue politisch motivierte Strafverfahren	60	Zahl politisch motivierter Fälle pro Monat stabil
Anteil Fälle mit Freiheitsstrafe (2022–2023)	35 %	
Anteil Fälle mit Freiheitsstrafe (2024)	70 %	
Aktive politische Strafverfolgte (Stand Dez. 2024)	2.976	OVD-Info Schätzung bis 9.12.2024
Davon bereits verurteilt	34 %	Von 2.976 Personen
Davon in U-Haft	13 %	Von 2.976 Personen
Seit 2021 freigelassen nach Strafverbüßung	425	Seit 2021 entlassene politische Gefangene
Verfahren wegen »Hilfe an ukrainische Armee« (2024)	123	
davon wegen Informationsweitergabe	49	Teilmenge davon
davon versuchter Kampfeinsatz	26	Teilmenge davon
davon Finanzierung	22	Teilmenge davon
Brandstiftungsverfahren (2024)	124	davon 18 Minderjährig
Ziele von Brandanschlägen: Eisenbahninfrastruktur	85	Häufigstes Ziel von Brandanschlägen
Ziele von Brandanschlägen: Einberufungsämter	24	Zweithäufigstes Ziel
Verfahren wegen Ordnungswidrigkeiten gegen »ausländische Agenten« (2024)	692	im Jahr 2021: 1234, im Jahr 2022: 397, im Jahr 2023: 453.
Neue »ausländische Agenten«-Einträge (2024)	150	Stand Dez. 2024, gesamt: 895 Einträge
Spionage-/Landesverrat-Urteile (2024)	359	Anstieg durch Artikel 275, 275.1, 276
davon mit 10–15 Jahren Haft	ca. 60 %	
davon mit 15–20 Jahren Haft	ca. 11 %	

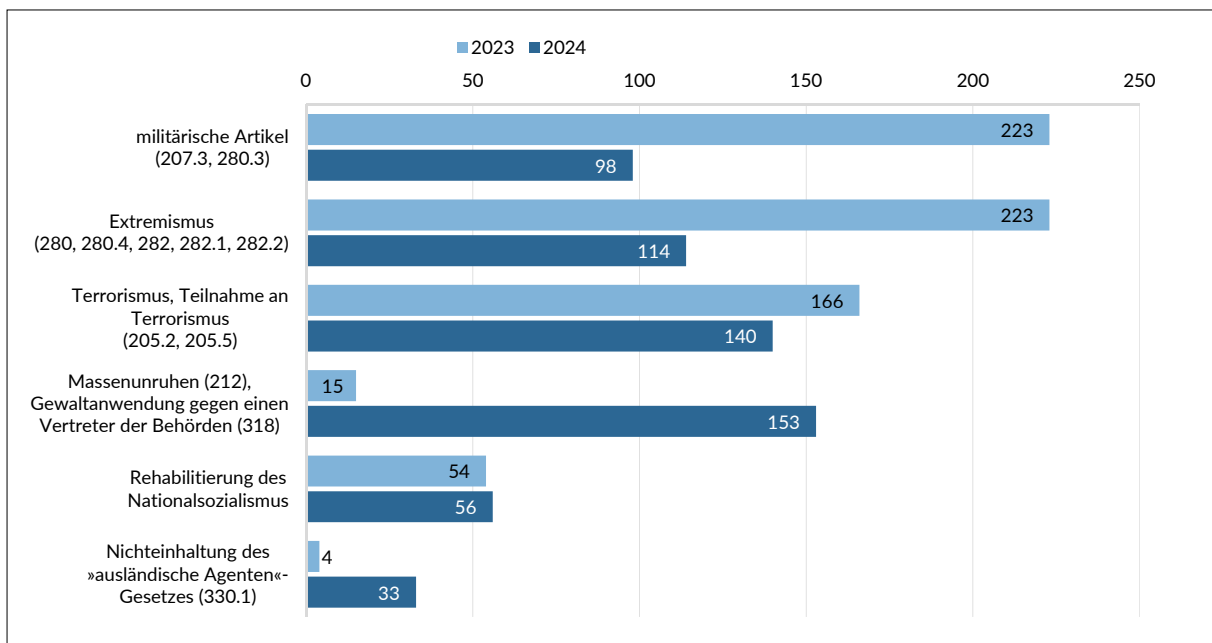
Quelle: Repression in a New Form: How the profile of the regime's repression has changed in the third year of the war, 24.12.2024, <https://re-russia.net/en/analytics/0227/>

Grafik 2: Anzahl politisch motivierter Verfahren (Ordnungswidrigkeiten und Strafrecht), 2019–2024

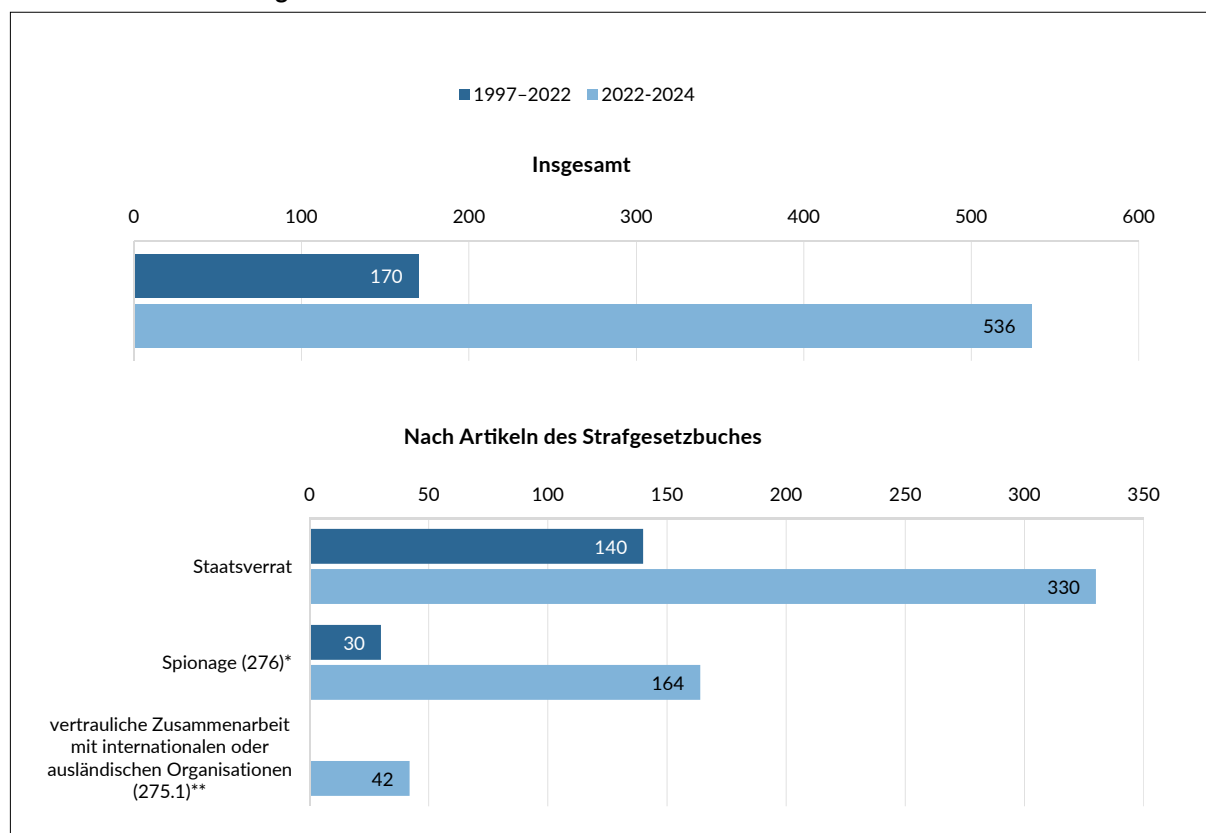
Quelle: Repression in a New Form: How the profile of the regime's repression has changed in the third year of the war, 24.12.2024, <https://re-russia.net/en/analytics/0227/>

Grafik 3: Urteile in politisch motivierten Straffällen 2023–2024

Quelle: *Repression in a New Form: How the profile of the regime's repression has changed in the third year of the war*, 24.12.2024, <https://re-russia.net/en/analytics/0227/>

Grafik 4: Die häufigsten Strafgesetzbuchartikel zur Einleitung eines Strafverfahrens 2023–2024

Quelle: *Repression in a New Form: How the profile of the regime's repression has changed in the third year of the war*, 24.12.2024, <https://re-russia.net/en/analytics/0227/>

Grafik 5: Verurteilungen nach den Artikeln zur Staatssicherheit 1997–2004

* Anstieg durch Änderung des Strafgesetzbuchartikels

** wurde erst 2024 eingeführt

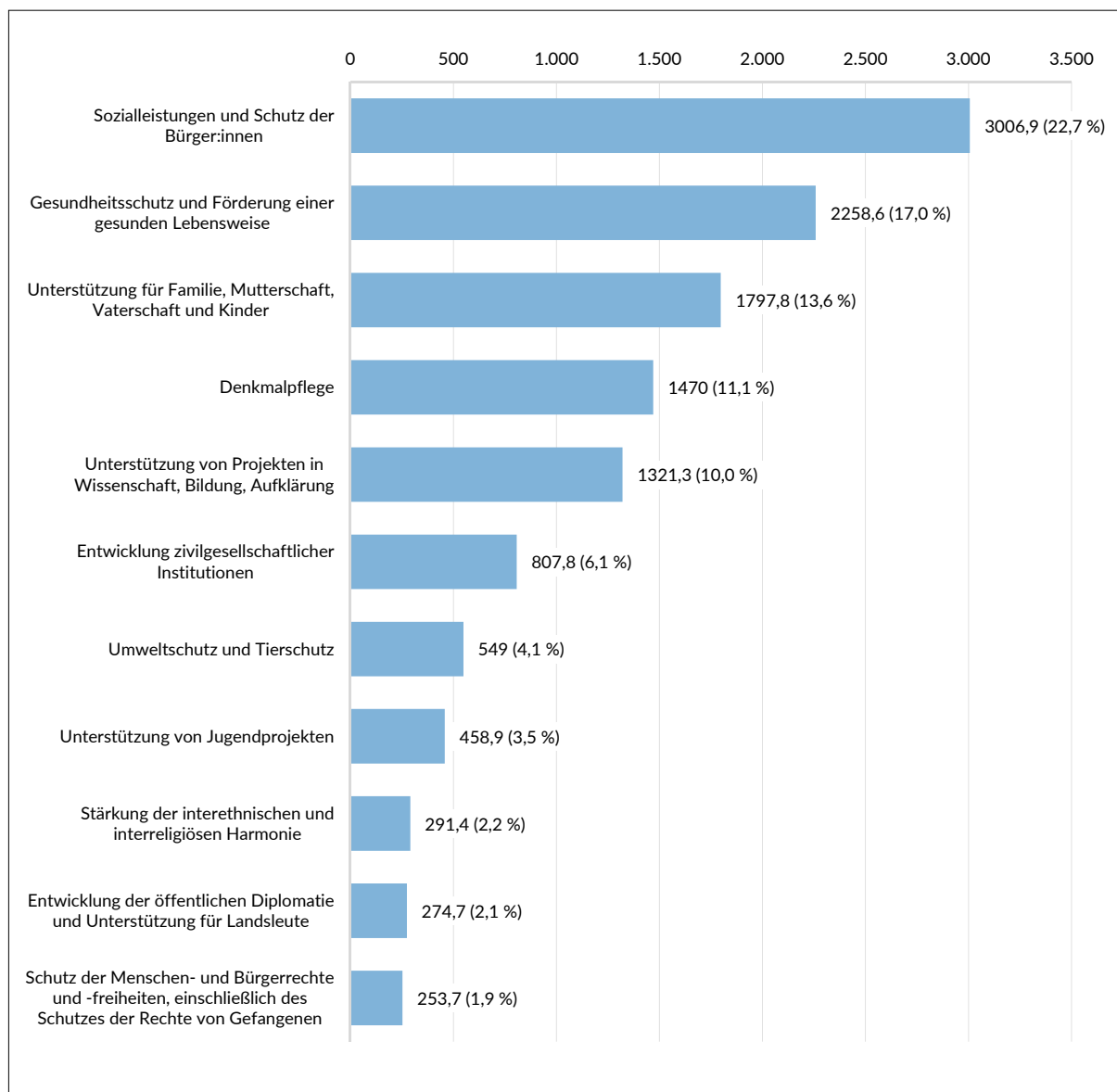
Quelle: *Repression in a New Form: How the profile of the regime's repression has changed in the third year of the war*, 24.12.2024, <https://re-russia.net/en/analytics/0227/>

Tabelle 6: Ausländische Agenten und unerwünschte Organisationen

	2021	2022	2023	2024	Bemerkung
Verfahren wegen Ordnungswidrigkeiten gegen »ausländische Agenten«	1.234	397	453	692	
Monatliche Rate der Neueinstufungen		18		12	
Politisch motivierte Strafverfahren gegen ausländische Agenten		188	227	150	
Unerwünschte Organisationen		69		65	Zu 2024 als »unerwünscht« eingestuft Organisationen zählen vor allem Medien (11), Sozial- und Bildungsorganisationen (9) sowie Antikriegsinitiativen und Menschenrechts- und Forschungsprojekte (je 8)

Quelle: *Repression in a New Form: How the profile of the regime's repression has changed in the third year of the war*, 24.12.2024, <https://re-russia.net/en/analytics/0227/>

Grafik 6: Zuwendungen aus dem Förderprogramm des Präsidenten für Zivilgesellschaft, 2024–2025, Mio. Rubel und Anteil



Quelle: *Life After Death: Russian Civil Society Under Conditions of War and Dictatorship*, 25.03.2025, <https://re-russia.net/en/analytics/0269/>

Hinweis auf die Online-Chronik

Der aktuelle Teil sowie die gesamte Chronik seit 2003 zu Russland befinden sich auf der Seite der Russland-Analysen (<http://www.laender-analysen.de/russland/>) unter dem Reiter »Chronik« oder direkt unter diesem Link <https://laender-analysen.de/russland-analysen/chronik?c=russland&i=1>. Sie wird regelmäßig um neue Einträge ergänzt und möglichst aktuell gehalten. Zusätzlich gibt es eine Kurzchronik für die Sowjetunion ab 1964 bzw. Russland ab 1992.

Treuen Leser:innen der Chronik und allen Interessierten empfehlen wir sowohl von den Filterfunktionen unserer Webseite als auch dem reichen Angebot der Chroniken der Länder Ukraine, Belarus oder Polen Gebrauch zu machen, um z.B. Ereignisse wie den Krieg gegen die Ukraine besser verfolgen zu können. Aktuell ist die Suche innerhalb der Chronik leider nur mit buchstabengenaue Stichworten möglich. Daher bitten wir alle Nutzer:innen auf die Schreibweise zu achten und ggf. mehrere Stichworte bei der Suche zu prüfen.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion der Russland-Analysen kann keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Die Redaktion der Russland-Analysen

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Fabian Burkhardt (verantwortlich)
Assistenz: Diana Mohr und Thiemo Feldmann
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Sabine Fischer, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
PD Dr. habil. Linde Götz, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Prof. Dr. Jeronim Perović, Universität Zürich

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de
Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1613-3390 © 2025 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



LÄNDER-ANALYSEN



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Zentralasien. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen erscheinen fünf bis sechs Mal pro Jahr.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

Belarus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: sechs Mal pro Jahr

Abonnement unter: <https://css.ethz.ch/en/publications/belarus-analytical-digest/newsletter-service-belarus-analytical-digest.html>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Moldovan Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: vierteljährlich

Abonnement unter: <https://css.ethz.ch/en/publications/moldovan-analytical-digest/newsletter-service-moldovan-analytical-digest.html>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause an jedem ersten und dritten Mittwoch im Monat.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukrainian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/uad.html>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen erscheinen sechs Mal pro Jahr.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>